

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 17

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## «Wenn die Obrigkeit nicht will, kann's nicht Gottes Wille sein»

V. N. Tschalidse ist Mitglied des oppositionellen Menschenrechts-Komitees in der UdSSR. In der «Chronik» Nr. 16 dieses Jahres wurde mitgeteilt, dass er «aus ideologischen Motiven aus der Führung der Polymer-Physik-Gruppe am N II (wissenschaftliches Forschungsinstitut) für Plastische Massen ausgeschlossen» worden sei. — Tschalidse's Brief zur Verteidigung der Gläubigen zirkuliert im Samisdat.

An das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Metropolit Pimen.

Gläubige aus Narofominsk haben sich an mich gewandt. Schon vierzig Jahre haben die Bewohner dieser Stadt keine Kirche, aber die Hoffnung haben sie noch nicht aufgegeben. Die Behörden beantworten ihre Gesuche abschlägig — in Missachtung der Gesetze.

Was sind das für Leute, die im Namen des Glaubens in ihren Bemühungen unermüdlich sind? Es sind Orthodoxe, die gleichen, die von alters her in der Kirche die geistige Schutzwehr erblickten; die gleichen, die bei ihren geistlichen Vorgesetzten vergeblich um ihren Segen fürs Leben und Leiden nachsuchten.

Auch jetzt, da sie den Wunsch hegen, das Gotteshaus neu erstehen zu lassen, suchten diese Menschen bei ihren geistlichen Vätern um den

Segen nach und gelangten an ihren Erzbischof, an das Oberhaupt der Kirche, indem sie sich auf seinen Segen verliessen.

Indessen — den Segen hat ihnen die Oberherrschaft verweigert. Hat ihnen Ihr Sekretär, Vater Viktor, verweigert. Nach der Meinung Ihres Sekretärs ist es, wenn die Obrigkeit keine Kirche eröffnen lassen will, eben nicht Gottes Wille, und folglich gibt es auch nichts zu segnen.

Ich, ein weltlicher Mensch, sehe darin lediglich, dass Gläubige von ihrem Pastor abgewiesen werden. Aber ist es denn möglich, dass ein Erzbischof aus freiem Willen die abweist, die sich an ihn gewandt haben, und dass er denen, die beten wollen, und denen er Vater ist, seinen Segen und seine Fürsprache versagt?

28. Februar 1971

V. Tschalidse

gerade jetzt auch ideologisch, indem sie jeden gegen das Land gerichteten Angriff zum vornehmerei als «konterrevolutionären Akt» bezeichnet, womit sie eine vorsorgliche Parade zur mutmasslichen Aggressionsbegründung schmiedet, es gelte, eine Konterrevolution zu verhüten oder niederzuschlagen.

Bubanj zieht auch gegen jene Leute ins Feld, die glaubhaft machen möchten, «das goldene Friedenszeitalter sei angebrochen». Er meint, dass solche Thesen bloss dazu dienen, die Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung zu schwächen, allgemeine Verwirrung zu stiften und dem Feind geradezu eine «Aufforderung zum Tanz» zu übermitteln. Man müsse «in jeder Minute» auf den Krieg vorbereitet sein, wenn man ihn vermeiden wolle. Dies insbesondere darum, weil dem Waffengang meistens die «Androhung von Gewalt» beziehungsweise der politisch-wirtschaftliche Druck vorangehe, um die Verteidigungsbereitschaft entscheidend zu schwächen.

Dem neuen jugoslawischen Verteidigungsgesetz zufolge sind Personen beiderlei Geschlechts von 16 bis 40 Jahren einsatzpflichtig. «Kann es demnach», so meint Bubanj, «noch eine Frage darüber geben, ob Jugoslawien einer schlagkräftigen Armee bedarf, ob Luftschutzräume anzulegen sind, ob man Strassen, Häuser und Brücken bauen muss, die den Erfordernissen einer gesamtstaatlichen Verteidigung entsprechen, ob man schliesslich Reserven an Lebensmitteln, Rohmaterialien und Waffenlager anlegen soll?» Titos Chefstrategie glaubt offenbar nicht allzusehr an die Tragfähigkeit von Gewaltverzichtspapieren.

Die Äusserungen von Bubanj zeigen jedenfalls, dass man in Jugoslawien noch Gedanken auszusprechen wagt, die in Westeuropa schon längst dem Tabu der Salonunfähigkeit zum Opfer gefallen sind, wie es (mit einigen Ausnahmen) auch zur Zeit von Hitlers Aggressionsvorbereitungen der Fall gewesen war. ■

## Der Buchtip

**Werner Gumpel: «Energiepolitik der Sowjetunion». Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1970. XXIV. Band der Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. 300 Seiten.**

Die Entwicklung der Energiequellen ist eines der ersten Vorhaben der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grund spielen in den verschiedenen lang- und kurzfristigen Plänen ihre Erschliessung, Ausbeutung und Verwertung eine eminente Rolle. Darüber hinaus zählen Erdöl und Erdgas zu den wichtigsten Exportträgern, besonders in Richtung der osteuropäischen Verbündeten der UdSSR, deren Industrien von diesen Lieferungen weitgehend abhängig sind.

Mit allen diesen Problemen setzt sich das oben angeführte Werk in einer sehr gründlichen und sachlichen Form auseinander. Der Verfasser ist auf dem Gebiet der Ostforschung ein bekannter Fachmann, der bereits auf mehrere, sehr wertvolle Veröffentlichungen zurückblicken kann. Sein neuestes Werk behandelt alle Bereiche der sowjetischen Energiepolitik, darunter die Fragen der Standortwahl, die Planung des Energiebe-

Der jugoslawische Generalstabschef meldet sich zu Wort

## Widerstand statt Anpassung

Von J. F. Balvany

Ob aus Zweckpessimismus oder Realismus oder aus beidem zusammen, jedenfalls zeigt sich Jugoslawien über militärische Bedrohung durch die Sowjetunion zunehmend besorgt. Belgrad hatte bereits gegen die Warschau-Pakt-Mannöver in Ungarn Bedenken geäussert. Die nachfolgenden entsprechenden Übungen in Bulgarien, das in der Mazedonien-Frage territoriale Ansprüche an Jugoslawien stellt, haben bereits zu offenen Äusserungen von Protest und Beunruhigung geführt. Und jetzt hat Jugoslawien seinerseits die Durchführung von Grossmanövern seiner Armee angekündigt.

Angesichts der keineswegs idyllischen militärpolitischen Lage entlang der sowjetisch beherrschten Balkanflanke hat sich Titos Generalstabschef, Generaloberst V. Bujanj, mit der Frage zum Wort gemeldet: «Wie sollen wir uns verteidigen, wenn man uns angreift?» Nachdem als Angreifer eine westliche oder neutrale Macht nicht in Frage kommt, ist es gewiss nicht schwer zu erraten, wer hier als potentieller Aggressor gesehen wird.

Schon einleitend räumt Bujanj mit dem einstigen Credo auf, wonach «alles vorbehaltlos nachgeübt werden müsse, was man auf ausländischen Militärakademien gelernt» habe. Da die jugoslawischen Offiziere keine andern Militärakademien besucht haben als die sowjetischen (die militärische Ausbildung von Jugoslawen in der UdSSR hat seit dem Ueberfall auf die CSSR vor drei Jahren aufgehört), ist auch hier das anvisierte «Ausland» eindeutig genug gekennzeichnet.

Den «passiven Widerstand» oder die politische

Anpassung hält der jugoslawische Generalstabschef nicht für erfolgversprechend. Seiner Feststellung nach ist «der bewaffnete Kampf der wichtigste Faktor jeder umfassenden Landesverteidigung». Hier stimmt der jugoslawische Generalstabschef mit dem «Rebellen» Milovan Djilas überein, der kurz nach dem Prager Drama in der «New York Times» geschrieben hatte, dass die Tschechoslowaken die Okkupation möglicherweise würden verhindert haben, wenn sie ihre Kampfbereitschaft glaubhaft gemacht hätten.

Schon an der Grenze müsse der Feind auf alle Arten des Widerstandes stossen, meint Bujanj, damit seine Kraft und Aktionsfähigkeit von Anfang an gebrochen werde. Das Argument der zahlenmässigen und materiellen Ueberlegenheit von Grossmächten gegenüber Kleinstaaten will der jugoslawische Generalstabschef keineswegs als Grund zum Verzicht auf bewaffneten Widerstand gelten lassen. Der militärischen Uebermacht des Feindes stellt er die gesamte kämpfende Bevölkerung gegenüber, die sich in ihrer Gesamtheit weder beschwatzen noch einschüchtern lasse.

Ausdrücklich widersetzt sich Bujanj der Meinung, dass es «in Europa keine lokalen Kriege mehr geben könne», und ebenso ausdrücklich widerspricht er der Ansicht, dass neutrale Staaten und Kleinstaaten ihre eigene Verteidigung vernachlässigen dürften. Vielmehr sei allein die bedingungslose Abwehrbereitschaft in der Lage, allfällige Aggressionen — wie immer sie auch motiviert würden — abzuschrecken. Die jugoslawische Presse untermauert dieses Motiv

## Zusammenhänge

«Na, endlich beginnen die Amerikaner zu merken, dass es mit ihrer Rolle als Weltpolizist aus ist!»

«Aber was fällt den Amerikanern eigentlich ein? Machen Protektionismus und lassen ihre Freunde im Stich, was? Ja vergessen die eigentlich ihre internationalen Pflichten total?»

\*

Aber die Illogizismen liegen bei den Betrachtern der amerikanischen Entwicklung, und nicht bei ihr. Der Niedergang der USA von der Weltmacht zur gewöhnlichen Nation vollzieht sich konsequent.

Von den erklärten Feinden bis zu den deklarierten Freunden hatte alles die USA grundsätzlich unglaublich genannt, als sie sich selbst als Vorhut einer freien Welt verstand, berufen, diese gegen totalitäre Aggression zu verteidigen. Man setzte die «freie Welt» in Anführungszeichen, hinter die «totalitäre Bedrohung» zum mindesten ein Fragezeichen, und die «Berufung» der USA setzte man als erstes Ziel auf die Abschussliste. Wer sich das Auswendigmachen leicht machte, sprach von Imperialismus, und wer sich um freundliche Differenziertheit bemühte, von «Credibility Gap». Dabei bestanden ihre Unglaublichkeiten darin, dass die USA ihre Mission edler umschrieben als ausführten. Aber das tun ja eigentlich alle Missionare, und die revolutionären schon gar. Die USA hatten sich seit dem Zweiten Weltkrieg bemüht, den Auftrag, den sie für Bedrohte und

Bedroher formuliert hatten, zu erfüllen. Unter Mitberücksichtigung ihrer eigenen Interessen, gewiss, aber war es für diese unsere Welt mit ihren Realitäten nicht schon enorm, dass sie es nicht unter Alleinberücksichtigung ihrer Interessen taten? (Und wenn wir jegliche Interessengemeinschaft verneinen, sollten wir uns nicht wenigstens ruhig verhalten, wenn uns jetzt ihre Kündigung von amerikanischer Seite drohen sollte? Nicht, dass es schon ganz so weit wäre.) Nein, im Verhalten der USA bestand kein «Credibility Gap» im Grundsätzlichen. Man fühlte sich ihrer gewiss — so gewiss sogar, dass man sie im angenehmen Gefühl ansprechen durfte, dafür nicht bestraft zu werden.

Natürlich durfte, wer immer wollte, finden, dass ihre Glaubwürdigkeit einer schlechten Sache galt, aber so unglaubwürdig waren sie nicht. Damals, als sie noch Weltmacht waren. Heute stünde ein echter «Credibility Gap» allfälligerweise in echter Weise zur Diskussion. Das Fallenlassen der ostasiatischen Verbündeten wäre ein Bruch mit dem nicht mehr so erklärten, aber immer noch deklarierten Selbstverständnis. So ist das. Man hat die Konsequenz der Amerikaner so lange als unglaubwürdig empfunden, dass sie sie jetzt verlassen haben. Das ist für Menschen wie für Nationen wenigstens ein glaubhaftes Verhalten.

Freiwillig oder unfreiwillig? In den letzten Jahren ist den USA ihre aussergewöhnliche Macht zusehends abhanden gekommen, und jetzt nehmen sie sich zusehends gewöhnlich.

Es liegt eine nationale Kompensation in der Sache. Gewöhnliche Nationen haben nämlich in operativ-taktischer Hinsicht viel mehr Mög-

lichkeiten als eine Weltmacht, sofern diese ihrer Verantwortlichkeit bewusst ist. Gewöhnliche Nationen haben ihre eigene Chance auf Beweglichkeit. Sie können ihre Fronten und Allianzen je nach ihrem augenblicklichen Vorteil verschieben. Sie können sich mehr auf sich selbst zurückziehen. Sie können sogar beides.

Vor Jahren, so gegen Ende der Chruschtschewschina, hatte man gefunden, die UdSSR könne unmöglich ihren Zweifrontenkrieg gegen die USA und China noch lange weiterführen. Sie werde sich so oder so entscheiden müssen. Unterdessen haben sich die USA und China durch ihren Zweifrontenkrieg überfordert gefühlt. Sie bauen die zwischen ihnen liegende Front ab. Es ist das logische Verhalten von zweitrangigen Nationen angesichts einer erst-rangigen Nation. Die Weltmacht ist heute die Sowjetunion.

Die Amerikaner haben es so weit kommen lassen. Ja. Und wer alles hat es so weit kommen lassen, dass sie es so weit kommen lassen mussten?

Aber nun ist es so weit, und man muss in andern Kategorien denken als den bisherigen vom Ost-West-Gleichgewicht. Die neue Konstellation bietet ihre Chancen. Um sie zu ergreifen, ist es vor allem nötig, dass die neue Konstellation als Tatsache anerkannt wird. Der Weltpolizist ist die UdSSR. Uebertragen wir also unsere Gefühle und unser ablehnendes Verhalten, das wir bisher so andächtig den USA reserviert hatten, auf diese Grossmacht! Freilich, wir tun es nicht. Denn der sowjetische Gummiknüppel ist uns zu nah und zu hart.

c. b.

darfes, die Erstellung von Energiebilanzen, die Probleme der Förder- und Transportkosten, die Entwicklungspläne der Energiewirtschaft usw. In diesem Zusammenhang beschreibt er auch die einzelnen Entwicklungsphasen der sowjetischen Energiepolitik, die von verschiedenen Fehlentscheidungen und der Missachtung wichtiger geographischer und räumlicher Gegebenheiten gekennzeichnet waren. Ein wesentlicher Teil der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion geht eben auf jene Standortpolitik der vergangenen Jahre zurück, die sich nur wenig darum gekümmert hat, wie weit die Energieerzeugung und ihr Verbrauch voneinander entfernt liegen. E. Sch.

**Julius Braunthal: «Geschichte der Internationalen», Bd. I—III. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover 1961—1971, 1800 Seiten.**

Drei Bände von insgesamt 1800 Seiten, vorzüglich illustriert, sind das Ergebnis jahrelanger Forschung eines ausgezeichneten Kenners der Materie. Im ersten Band wird die Entwicklung von den Vorläufern der sozialistischen Idee aus der Zeit der Französischen Revolution über den Bund der Kommunisten und die Gründung der ersten Internationale und ihrem Aufstieg bis zu ihrem Niedergang geschildert. Der zweite Band behandelt das Schicksal der zweiten Internationale im Ersten Weltkrieg, ihren Zerfall sowie ihre Spaltung in die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die Kommunistische Internationale unmittelbar nach dem Krieg. Der aufkommende und dann in Europa vorherrschende Nationalsozialismus und Faschismus besiegelt dann das

Schicksal beider Internationalen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Die letzte Epoche der über hundertjährigen Geschichte der Internationalen findet dann im dritten Band ihre Darstellung: die Jahre vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die späteren sechziger Jahre. Inhaltlich wird hier von der gemeinsamen Zeit der Sozialisten und Kommunisten im Widerstand gegen das Naziregime bis zur Niederschlagung des demokratischen Sozialismusmodells der Tschechoslowakei 1968 geschrieben. Aber nicht nur die europäische Arbeiterbewegung, sondern auch die auf anderen Kontinenten, wie die Geschichte des buddhistischen Sozialismus, des Marxismus in Indonesien, des Sozialismus in Israel, und schliesslich Pekings ideologischer Kampf mit Moskau finden in Braunthals Werk ihren wissenschaftlichen Niederschlag.

Das Buch ist ein ausgezeichnetes Standardwerk. Es ist für jeden zu empfehlen, der sich mit der Geschichte und dem Phänomen der «Internationalen» näher auseinandersetzen will. P. G.

## Zakalka...

So heisst die Spezialausbildung der sowjetischen Elitetruppen. Härteste Regimegehirnwäsche und schärfster physischer Schliff stellen alles, was der Westen bislang (die amerikanischen «Leder-nacken» inbegriffen) zu bieten hatte, weit in den Schatten. Eine Art des Sondertrainings setzt die Stosstruppen oft dem direkten Feuer ihrer Kameraden aus, so dass die Operationen fallweise unter echter Todesangst erfolgen. Durch die Verwendung wirklicher Isotopen gewinnen die

Gefechtsübungen auf «radioaktivem Terrain» äusserst realistische Aspekte. Trotz der Verwendung von Schutzkleidung erweisen sich die Uebungen durch die Verseuchungsgefahr als derart gefährlich, dass zwischen Manöver und Wirklichkeit kaum mehr ein Unterschied besteht.

Den «Zakalka»-Soldaten ist gegenüber ihren eigenen Familien, und erst recht gegenüber der sowjetischen Öffentlichkeit, strengste Schweigepflicht auferlegt. Man soll nicht erfahren, was man sie lehrt, welche Ausbildung sie bekommen und worauf sie vorbereitet werden. Der Sicherheitsdienst sorgt auch dafür, dass sie tunlichst einen spartanischen Lebenswandel führen und von «schädlichen» (aufweichenden) psychologischen Einflüssen abgeschirmt bleiben. Ferner natürlich dafür, dass sie von der ausser-breschnjewschen Welt nur jene Vorstellung gewinnen, die ihnen von der Propaganda eingegeben wird.

Es steht heute fest, dass der Zakalka-Drill wohl das perfektteste, modernste Janitscharentum darstellt und dass die sowjetischen Strategen nunmehr darangehen, die Jugend ihrer ostdeutschen, tschechoslowakischen und ungarischen Satelliten in dieses Ausbildungssystem einzubeziehen. Aus Jugoslawien nach dem Westen flüchtende ungarische Jugendliche schilderten anlässlich ihrer ersten Einvernahmen verblüffende Einzelheiten und motivierten ihren «Absprung» damit, dass sie keine Lust hätten, «eines Tages» im Verband derartiger Einheiten gegen Jugoslawien (oder gegen Oesterreich) zu kämpfen.

y